

Konflikt um Containerdorf auf Uni-Gelände in Berlin

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin: Erfahren Sie mehr über den Widerstand der Freien Universität und die kontroverse Debatte um die Flüchtlingsunterbringung. #Flüchtlinge #Berlin #FUBerlin #Proteste

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem soll nach den Plänen des Senats als Standort für ein Containerdorf dienen, um 260 Flüchtlinge unterzubringen. Die Freie Universität Berlin (FU) zeigt jedoch Widerstand gegen diese Nutzung, da sie dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Der Präsident Günter Ziegler äußerte Unmut darüber, dass die Senatspläne ohne Zustimmung der Hochschulleitung vorangetrieben wurden. Die FU hatte bereits in der Vergangenheit Geflüchtete in Notunterkünften beherbergt, betonte jedoch die dringende Notwendigkeit der Fläche für eigene Baumaßnahmen ab 2023.

Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme verteidigt die Entscheidung zur Nutzung des Unigeländes und betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf brachliegenden Stadtflächen notwendig sei. Die FU schlägt hingegen vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe zu nutzen, anstatt das Unigelände zu belegen. Die Diskussion über die Nutzung von Flächen für Flüchtlingsunterkünfte wird auch auf Bundesebene geführt, da der Bedarf an Wohnraum für Geflüchtete in Berlin nach wie vor hoch ist.

In einem breiteren Kontext beschloss der Senat Ende März die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern in Berlin, um dem

akuten Wohnungsbedarf von Flüchtlingen entgegenzuwirken. Die Standorte konzentrieren sich vor allem auf den Ostteil der Stadt, wodurch sich das Ungleichgewicht in der Verteilung von Flüchtlingsunterkünften weiter verschärft. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge angemessen untergebracht werden können, ohne auf Notunterkünfte angewiesen zu sein.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de